



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Beantwortung der Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: Kampf gegen die Einbruchswelle im Unteren Baselbiet (2010-150)**

Datum: 17. August 2010

Nummer: 2010-150

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

betreffend Beantwortung der Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion: Kampf gegen die Einbruchswelle im Unteren Baselbiet ([2010-150](#))

Vom 17. August 2010

Am 15. April 2010 reichte Hans-Jürgen Ringgenberg, SVP-Fraktion, die Interpellation betreffend Kampf gegen die Einbruchswelle im Unteren Baselbiet ein, die folgenden Wortlaut hat:

"Die laut [Polizeilicher Kriminalstatistik 2009](#) enorme Zunahme der Einbrüche in unserem Kanton, insbesondere aber in den grenznahen Gemeinden des Unteren Baselbiets, werden immer mehr zum Problem und führen zu einer grossen Verunsicherung in der Bevölkerung. Um satte 53% haben die Einbrüche 2009 im Vergleich zum Vorjahr zugenommen. Insbesondere Banden aus dem Ausland betätigen sich zunehmend als Kriminaltouristen. Diese Entwicklung ist sehr besorgniserregend und es stellen sich deshalb folgende Fragen:

- 1. Was gedenkt die Regierung generell dagegen zu tun? Sind konkrete Massnahmen oder Konsequenzen für die Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung vorgesehen?*
- 2. Ist es nicht offensichtlich, dass eine der Ursachen bei den offenen Grenzen zu suchen ist (Stichwort: Schengen-Raum)?*
- 3. Ist die heutige Organisation und Strategie der Polizei dazu geeignet, diese Einbruchswelle effizient bekämpfen zu können?*
- 4. Müssen die Grenzwaache verstärkt und die Grenzen besser bewacht werden? Ist diesbezüglich eine Intervention beim Bund angezeigt?*
- 5. Können die grenznahen Gemeinden noch anderweitig vor Kriminaltouristen geschützt werden?*
- 6. Ist die Regierung eventuell sogar der Meinung, dass die Einbruchswelle auch ohne Massnahmen wieder abnehmen wird und kein Handlungsbedarf besteht?*

Ich bitte den Regierungsrat um möglichst baldige schriftliche Beantwortung."

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt:*Frage 1:*

Was gedenkt die Regierung generell dagegen zu tun? Sind konkrete Massnahmen oder Konsequenzen für die Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung vorgesehen?

Antwort des Regierungsrates:

Die Polizei Basel-Landschaft analysiert die Kriminalitätsslage – insbesondere die Lage bezüglich Einbrüchen – täglich gestützt auf ihren gesetzlichen Auftrag zur Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten. Die daraus fliessenden Erkenntnisse werden in Aktionen der zivilen Fahndungskräfte und der uniformierten Sicherheitspolizei umgesetzt. Mit den zivilen Fahndungskräften werden in belasteten Gebieten verdächtige Personen aufgespürt und kontrolliert. Diese Einsatzkräfte bleiben der Bevölkerung wegen ihres verdeckten Auftretens in aller Regel verborgen. Mit uniformierten Patrouillen werden vermeintliche Täter durch Präsenz und Kontrollen abgeschreckt. Dabei kommt auch das durch die Optimierung der Sicherheitspolizei neu geschaffene Einsatzelement „Wochendetachment“ immer wieder zum Einsatz. Für eine wirkungsvolle Bekämpfung von Einbrüchen ist die Polizei darüber hinaus auf eine gute Zusammenarbeit mit der Bevölkerung angewiesen. Eine gute Aufmerksamkeit und rasche Meldungen von verdächtigem Verhalten an die Polizei ermöglichen es der Polizei immer wieder, durch rasche Reaktion mutmassliche Einbrecher teils in flagranti festzunehmen und der Strafverfolgung zuführen zu können. Die Polizei fördert die Mitwirkung der Bevölkerung durch Rückmeldungen über getroffene Massnahmen bei den Meldeerstattern, so weit dies möglich ist. Zum Phänomen Einbruchdiebstahl ist generell festzuhalten, dass diese Taten in der ganzen Schweiz in Wellen verübt werden. Bisweilen ist dieser Kanton stärker betroffen, bisweilen ein anderer. Manchmal sind die Zahlen höher, manchmal tiefer. Nach welchen Kriterien mutmassliche Täter die verschiedenen Regionen der Schweiz heimsuchen, ist nicht näher bekannt und es gibt kein System, mit welchem Vorhersagen gemacht werden könnten. Eine hohe Polizeipräsenz, die allerdings sehr personalintensiv ist, und eine hohe Wahrscheinlichkeit der Überführung einmal gefasster Tatverdächtiger – z.B. durch Erhebung und Auswertung von DNA-Spuren und qualitativ hochstehende Ermittlungsarbeit zusammen mit den Statthalterämtern – dürften in spürbarem Ausmass abschreckende Wirkung zeigen. Beide Schienen verfolgt die Polizei Basel-Landschaft nach besten Kräften. Die wirksame Bekämpfung von Einbrüchen ist eine Daueraufgabe der Polizei Basel-Landschaft, welcher hohe Priorität eingeräumt wird. Die Polizei nimmt die Erwartungen der Bevölkerung nach einem bestmöglichen Schutz vor Einbrüchen in jeder Hinsicht ernst.

Frage 2:

Ist es nicht offensichtlich, dass eine der Ursachen bei den offenen Grenzen zu suchen ist (Stichwort: Schengen-Raum)?

Antwort des Regierungsrates:

Die [Kriminalstatistik des Jahres 2009](#) weist beim Einbruchdiebstahl eine Zunahme von rund 600 Delikten oder um 53% auf. Trotz dieser Zunahme zeigt der Langzeitvergleich, dass diese Zahl von den Hochständen aus den Jahren 1997 bis 2000 weit entfernt ist.

Ob wirklich ein Zusammenhang zwischen dem Inkrafttreten des Schengen-Abkommens und dem Anstieg der Kriminalität besteht, kann aufgrund der kurzen Beobachtungszeit nicht seriös beurteilt werden. Es wäre rein spekulativ. Dies zeigen auch die ersten Quartalszahlen der Kriminalstatistik für das Jahr 2010: Aktuell ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine Trendwende feststellbar. Die Einbruchszahlen verringerten sich gegenüber den Vergleichszahlen von 2009 um 17%.

Frage 3:

Ist die heutige Organisation und Strategie der Polizei dazu geeignet, diese Einbruchswelle effizient bekämpfen zu können?

Antwort des Regierungsrates:

Die heutige Organisation und Strategie der Polizei ist geeignet, um diese Einbruchswellen effizient bekämpfen zu können: Die Analysestellen des Polizeikonkordats Nordwestschweiz (PKNW) beurteilen täglich die aktuelle Kriminalitätsslage in der Nordwestschweiz und treffen sich dazu einmal wöchentlich im sogenannten Regionalen Lagezentrum (RLZ) in Solothurn. An diesen Sitzungen nimmt auch die Grenzwaache teil. Zudem beteiligt sich die Analysestelle einmal im Monat an den trinationalen Lagebesprechungen, die jeweils turnusgemäss in einem der beteiligten Länder (Deutschland/Frankreich/Schweiz) durchgeführt werden. Darüber hinaus finden auf anderen Ebenen oder aus aktuellen Gründen regelmässige Besprechungen mit den Nachbarkantonen oder mit den angrenzenden Ländern statt.

Durch die tägliche Analyse der Kriminalitätsslage und den Informationsaustausch mit anderen Kantonen und den angrenzenden Ländern arbeitet die Polizei Basel-Landschaft dementsprechend lageorientiert. Dadurch, dass die Täterschaft sehr mobil ist, wellenartig unseren

Kanton mit Einbrüchen heimsucht und ständig ihr Gebiet wechselt, ist es sehr schwierig, mit den Patrouillen zum richtigen Zeitpunkt am richtigen Ort zu sein. Mit dem im Rahmen der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung neu geschaffenen Einsatzelement „Sicherheitspolizeiliche Einsätze“ ist die Polizei Basel-Landschaft nun in der Lage, rasch und zielgerichtet Schwerpunkte gegen die Einbruchswellen zu setzen und ihre Präsenz in gefährdeten Gebieten zu erhöhen. Deshalb gelingt es trotz der schwierigen Ausgangslage immer wieder, Täter in flagranti oder durch gesicherte Tatortspuren zu identifizieren und zu überführen.

Frage 4:

Müssen die Grenzwache verstärkt und die Grenzen besser bewacht werden? Ist diesbezüglich eine Intervention beim Bund angezeigt?

Antwort des Regierungsrates:

Aus den geschilderten Gründen (Antwort zu Frage 3) ist keine Verstärkung der Grenzwache notwendig, denn auch mit einem intensiveren Schutz der Grenzen können die Einbruchswellen nicht wirkungsvoller verhindert werden. Daher ist eine Intervention des Kantons bei den Bundesbehörden nicht opportun.

Frage 5:

Können die grenznahen Gemeinden noch anderweitig vor Kriminaltouristen geschützt werden?

Antwort des Regierungsrates:

Zusätzlich zu den geschilderten Patrouillen- und Fahndungstätigkeiten werden in den betroffenen Gemeinden Informations- und Präventionsveranstaltungen durch die Polizei Basel-Landschaft durchgeführt. Dabei wird die Bevölkerung über die aktuelle Lage und die ergriffenen Massnahmen informiert, beraten und auch sensibilisiert bzw. aufgefordert, u.a. verdächtige Beobachtungen unverzüglich der Polizei zu melden.

Frage 6:

Ist die Regierung eventuell sogar der Meinung, dass die Einbruchswellen auch ohne Massnahmen wieder abnehmen wird und kein Handlungsbedarf besteht?

Antwort des Regierungsrates:

Seit Anfang 2010 ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Rückgang (rund 17%) bei den Einbrüchen festzustellen. Es zeigt sich aber auch, dass die Fallzahlen stark schwankend sind. Die Polizei Basel-Landschaft arbeitet weiterhin ziel- und lageorientiert und trifft die notwendigen Massnahmen, um den Einbruchswellen entgegen zu wirken. Insofern erachtet die Polizei den Handlungsbedarf im Sinne eines Dauerauftrags als gegeben.

Liestal, 17. August 2010

Im Namen des Regierungsrates:
der Präsident:
Krähenbühl

der Landschreiber:
Mundschin